

(Inter-)Nationale Aspekte der kulturpolitischen Transformation

NORBERT LAMMERT

Kulturnationen in einer
globalisierten Welt

FRIEDRICH DIECKMANN

Kulturnation und National-
kultur. Von alten und
neuen Herausforderungen

REGINA BITTNER

Schwankende Ortsbezüge:
Das Bauhaus als nationaler
Leuchtturm und/oder
Welterbe im wiedervereinten
Deutschland

LENA PRENTS

Die deutsche Wieder-
vereinigung, die Tschernobyl-
Katastrophe und danach:
kulturpolitische Trans-
formationen in Belarus

PRZEMYSŁAW KIELISZEWSKI,

MARCIN POPRAWSKI

Wandel polnischer Kultur-
politik – unternehmerische
Perspektive

MARIA WAGIŃSKA-MARZEC

Zur Kulturpolitik in Polen
nach 1989

NORBERT LAMMERT

Kulturnationen in einer globalisierten Welt¹

Lieber Herr Scheytt, meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Einladung und die liebenswürdige Begrüßung. Ich freue mich, dass ich so viele langjährige Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor mir sehe, und versuche das jähe Entsetzen, mindestens Erschrecken über das Thema, das ich mir habe »aufschwätzen« lassen, zu kaschieren oder in der Weise zu erfüllen, dass ich Sie an meinen Vermutungen teilhaben lassen möchte. Denn das Thema ist bei weitem nicht so harmlos, wie es sich liest: »Kulturnation Deutschland in Europa«. Wir reden offenkundig nicht über Kultur *oder* Nation, und nicht über Deutschland *oder* Europa, sondern über die »süffige« Begriffsbildung »Kulturnation Deutschland in Europa« – übrigens ohne Fragezeichen, was zwei Vermutungen nahelegt: Erstens, dass es eine Kulturnation einmal gegeben haben soll beziehungsweise gegeben haben muss, weil dieser Begriff ohne Fragezeichen sonst schwerlich in das Programm einer so anspruchsvollen Konferenz Eingang finden würde. Und zweitens, dass es offenkundig Zweifel gibt, ob das noch ein geeigneter Begriff oder Sachverhalt für die Beschreibung von Rahmenbedingungen unserer Welt ist, die sich zweifellos in den letzten Jahren und Jahrzehnten von Grund auf verändert hat.

»Verstaubte Formel in einer globalisierten Welt?«: Hier gibt es ein Fragezeichen. Dass das Thema nicht harmlos ist, finde ich auch bei Wolf Lepenies bestätigt, der 2006 in seinem lesenswerten Buch über das Verhältnis von Kultur und Politik diese bemerkenswerte Beobachtung formuliert hat: »Kultur definiert sich im Deutschen immer noch durch eine beinah natürlich erscheinende Distanz zur Politik. In der deutschen Sprache klingt Kultur ebenso positiv, warm und vielversprechend wie

1 Verschriftlichung der Rede beim 8. Kulturpolitischen Bundeskongress »Kultur.Macht.Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik« in Panel 3 »Kulturnation Deutschland in Europa. Verstaubte Formel in einer globalisierten Welt?« am 18. Juni 2015 in Berlin.

Politik einen ambivalenten, kalten und verdächtigen Klang hat. Manches Mal konnte es scheinen, als sei Deutschland ein Land ohne Politik, ein Staat mit Untertanen, aber ohne Bürger. Ein Staat ohne Kultur aber wollte Deutschland nie sein.«

Meine liebste Vorstellung wäre, dass Sie mich mit dieser Einleitung entlassen würden und wir jetzt in die Diskussion einsteigen, was denn daraus wohl zu lernen sei. Da ich aber am Blick von Oliver Scheytt sehe, was er dazu sagen würde, will ich freiwillig ein paar ergänzende Bemerkungen machen, die ich ausdrücklich nicht als persönlich hinreichend überzeugende, nicht einmal vorläufig abschließende Bemerkung zu diesem Thema empfinde, sondern mehr als eine Anreihung von Beobachtungen, Einschätzungen, vielleicht auch Vermutungen, über die wir miteinander ins Gespräch kommen mögen.

Ich will dazu dem gerade vorgetragenen Zitat von Wolf Lepenies ein weiteres Zitat hinzufügen, das beinahe gleichzeitig formuliert worden ist und sich im Abschlussbericht der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* aus dem Jahre 2007 findet. Die Befangenheit, die man im Zusammenhang mit diesem Thema haben könnte, und vielleicht sogar haben sollte, haben die Mitglieder der Enquete-Kommission nach langer und intensiver Beschäftigung mit dem Gegenstand am Ende offenkundig nicht geteilt und formulierten mit einer bemerkenswerten Bündigkeit: »Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als Kulturnation und Kulturstaat.« Wir könnten die hier anwesenden Mitglieder dieser Kommission fragen, ob damals überhaupt die Frage aufgetaucht ist, ob die Kulturnation Deutschland in einer globalisierten Welt womöglich eine verstaubte Formel sei. Nun wird man zur Stütze der Beobachtung der Enquete-Kommission darauf hinweisen dürfen, dass ihr Verständnis vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich geteilt wird, das – was sich nicht unbedingt von selbst versteht – die Kulturfreiheitsgarantie unseres Grundgesetzes in einer bemerkenswert großzügigen Weise interpretiert und daraus das Kulturstaatsverständnis hergeleitet hat, das sich als Begriff im Grundgesetz bekanntlich nicht findet: »Als objektive Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst stellt diese Verfassungsnorm« – also die Freiheit von Kunst und Kultur – »dem modernen Staat, der sich im Sinne einer Staatszielbestimmung als Kulturstaat versteht, zugleich die Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern.« Das hat nun allerdings sehr handfeste Konsequenzen. Das ist mehr als ein normativer Anspruch, sondern gleichzeitig ein Postulat für Gestaltung, das zu keinem Zeitpunkt dringender war, aber auch zu keinem Zeitpunkt praktischer geworden ist als im Einigungsprozess, auf den wir in diesem Jahr aus gegebenem Anlass besonders intensiv zurückblicken. Und deswegen werde ich, bevor ich mich der Frage der Zukunftstauglichkeit des Begriffs, oder dessen, was damit gemeint sein könnte, widmen will, wenigstens einige der Aspekte stichwortartig festhalten, die mir im Zusammenhang mit dem damaligen Einigungsprozess und der damals begonnenen praktischen Umsetzung dieses Kulturstaatsverständnisses auffällig und bedeutsam erscheinen.

Erste Bemerkung: Eine der Erfahrungen im damaligen Einigungsprozess war die Erkenntnis, dass zwischen der Anzahl und Verteilung öffentlich getragener

Kultureinrichtungen aller Art in der früheren DDR und der erkennbaren finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der künftigen Träger dieser Einrichtungen eine schmerzliche Lücke bestand. Das hatte bis heute nicht gänzlich aufgearbeitete Folgen, etwa eine – unfreundlich und rein technisch formuliert – »Flurbereinigung« in einem beachtlichen Umfang, die im Lichte des Kulturstaatsprinzips berechnete Fragen aufwirft. Nicht ganz vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass das kulturelle Leben in der DDR ebenso umfassend staatlich alimentiert wie staatlich reglementiert war. Die Frage, ob das ein auflösbarer oder ein unauflösbarer Zusammenhang ist, wurde bislang übrigens wenig diskutiert. Jedenfalls ist meine Beobachtung, dass es auch und gerade in der deutschen Kulturpolitik eine relativ ausgeprägte Grundsympathie für eine umfassende staatliche Alimentierung bei gleichzeitigem Ausschluss staatlicher Reglementierung gibt. Ob überhaupt und in welchem Umfang das Eine ohne das Andere zu haben ist, gehört in den Katalog der lohnenden Fragen, die uns auch und gerade aus den Erfahrungen des Einigungsprozesses geblieben sind.

Zweite Bemerkung: Aus zwingenden und von niemandem bestrittenen Gründen war damals eine Mitwirkung des Bundes an der Erhaltung von Kultureinrichtungen im Beitrittsgebiet nicht nur notwendig, sondern hat stattgefunden, für die es keine Verfassungsgrundlage gab. Der Einigungsvertrag hat überhaupt erst die rechtlichen Voraussetzungen für eine Zuständigkeit des Bundes begründet, die es bis dahin nicht nur nicht gab, sondern die von den Ländern ausdrücklich und lautstark bestritten wurden. Ich will keine Nachhut-Gefechte führen, sondern will Sie nur daran erinnern, dass das, was im Einigungsvertrag stand, die Ermächtigung des Bundes bedeute, in einzelnen Fällen vorübergehend finanzielle Unterstützung zu leisten. Und aus dieser Hilfskonstruktion ist tatsächlich im Laufe der letzten 25 Jahre eine völlig neue Architektur der Kunst- und Kulturförderung in Deutschland geworden – ohne dass das wiederum verfassungsrechtlich Niederschlag gefunden hätte. Wenn mich mein Eindruck nicht täuscht, haben sich die Länder mit der Mitwirkung des Bundes an der Kunst- und Kulturförderung inzwischen nicht nur weitgehend abgefunden, sie legen darauf auch ausdrücklich Wert – unter Aufrechterhaltung ihrer Alleinzuständigkeit. Auch das ist eine der kunstvollen Übungen, die dieser Kulturstaat Deutschland im Laufe seiner jüngeren Geschichte entwickelt hat. Wie sehr aus dieser Ausnahmesituation mit seiner Ausnahmeregelung ein heute beinahe unbestrittenes, prinzipiell neues Verständnis der Kunst- und Kulturförderung als öffentliche Aufgabe geworden ist, kann man in einem aktuellen Text erkennen, der zwar nicht Verfassungsrang hat, aber Grundlage aktueller Politik ist: im Koalitionsvertrag der amtierenden Koalition und der von ihr getragenen Bundesregierung. Darin findet sich der Satz: »Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die diese in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit wahrnehmen.« Da ich ziemlich genau weiß, wo dieser Satz herkommt, lohnt der Hinweis, dass es zu diesem Formulierungsvorschlag nicht einmal mehr eine Debatte gegeben hat. Das heißt: Inzwischen ist eine schiere Selbstverständlichkeit, was vor 20 Jahren noch eine Grundsatzfrage war –

und zwar eine negativ beantwortete Grundsatzfrage, nach der es zu den unverrückbaren Kompetenzzuweisungen unserer Verfassungsordnung gehöre, dass der »Kulturstaat Deutschland« seine Aufgaben über die Länder, nicht aber über den Bund wahrnehme.

Dritte Bemerkung: Zum Einigungsprozess und seinen strukturbildenden Folgen gehört auch eine faktische Veränderung in den Prioritäten. Sie mögen das aus dem nicht ganz banalen Umstand erkennen, dass in den letzten zehn Jahren nur ein einziger Einzeletat des Bundes kontinuierlich, Jahr für Jahr, gestiegen ist: der Kulturhaushalt – ausgerechnet! Und damit der Haushalt, der regelmäßig im Verdacht steht, die Hauptsparkasse für sämtliche Konsolidierungsmaßnahmen zu sein – was im Übrigen leider in vielen Kommunen und manchen Ländern tatsächlich stattfindet, aber eben auf genau der Ebene nicht, die diese Zuständigkeit aus einer Notsituation heraus reklamiert und in der Zwischenzeit etabliert hat, dem Bund.

Der Prozess, über den wir hier reden, findet in einer veränderten Welt statt. Die Veränderungen in Deutschland sind sowohl Ausdruck der Veränderungen, die es in Europa gegeben hat, wie sie ihrerseits Veränderungen in Europa bewirkt haben. Wir begreifen immer mehr, und das nicht immer nur zu unserer Begeisterung, dass diese Entwicklungen in erheblichem Maße längst von Entwicklungen beeinflusst sind, die außerhalb Europas stattfinden, so wie wiederum die europäischen Entwicklungen direkte und indirekte Einflüsse auf Entwicklungen in der Welt haben. Das Ganze ist ein gigantischer Veränderungs- und Modernisierungsprozess, der sicher nicht nur, aber zweifellos auch kulturelle Implikationen hat. Zu den Auffälligkeiten gehört für mich der erschreckende, immer erdrückendere Vorrang von Bildern gegenüber Texten in dieser globalisierten Welt, die gleichzeitig eine digitalisierte Welt ist. Dies alleine stellt eine kulturelle Veränderung und gleichzeitig Herausforderung dar, birgt diese Dominanz von universellen Bilderwelten doch sowohl die Gefahr der Uniformität, wie sie ein erkennbares Bedürfnis nach Bewahrung oder Wiederherstellung von lokalen Traditionen und auch lokalen Identitäten weckt.

Damit nähern wir uns der eigentlich spannenden Frage nach den Identitäten in Zeiten der Globalisierung in Deutschland und Europa. Es ist vielleicht kein reiner Zufall, dass wir in diesem Jahr das zehnjährige Jubiläum der UNESCO-Konvention feiern, in der das Recht aller Staaten auf eigenständige Kulturpolitik ausdrücklich reklamiert wird. Das muss man nicht überinterpretieren, ich will dies jedenfalls ausdrücklich nicht. Aber dass das etwas damit zu tun hat, dass in Zeiten der Globalisierung und ihrer Uniformisierungstendenzen das Bedürfnis nach Identifikation nicht beseitigt ist, sondern eine völlig neue Bedeutung bekommt, halte ich für ziemlich offenkundig – mit all den Schwierigkeiten, die das nach sich zieht, zumal wir uns inzwischen darüber verständigt haben, in Europa und ganz gewiss auch in Deutschland längst in einer multikulturellen Gesellschaft zu leben. Was wiederum außer der richtigen Beobachtung, dass es hier unterschiedliche kulturelle Orientierungen, Traditionen und Herkünfte gibt, die eigentlich spannende

Frage nicht beantwortet, ob der Hinweis auf die Verfügbarkeit unterschiedlicher Orientierungen schon die Frage beantwortet, ob und woher sich die Identität einer Gesellschaft, eines Staates, einer Nation erklärt.

»Meine Heimat ist nicht Deutschland, sie ist mehr als Deutschland«, sagt Navid Kermani, der zu meiner und sicher auch der großen Freude vieler von Ihnen 2015 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhält. In seinem immer noch grandiosen kleinen Buch »Wer ist wir« schreibt er: »Meine Heimat ist Köln geworden, meine Heimat ist das gesprochene Persisch und das geschriebene Deutsch.« Aber weder sagt Navid Kermani, noch denken die allermeisten, die sich selbst für mehr oder weniger typische Vertreter einer multikulturellen Gesellschaft halten, sie hätten gar keine Heimat mehr. Und noch weniger sagen, sie bräuchten auch keine mehr. Sie antworten vielmehr, die Frage sei nicht mehr so einfach zu beantworten, sie hätten mehrere und wollten ganz bewusst auch ihre Selbstwahrnehmung nicht auf eine Identität verkürzen lassen. Denn neben den Fragen »Wo komm ich her?« und »Wo fühle ich mich zu Hause?« haben eine Fülle anderer Fragen eine ähnliche Bedeutung: »An was glaube ich – wenn überhaupt?« »Und wie wichtig ist das für mich?« und für meine Nachbarn?« Das sind alles Fragen, die zur Komplexität einer modernen Gesellschaft gehören und ganz gewiss zur Realität der Kulturnation Deutschland in Europa.

Vor einiger Zeit haben wir das Richtfest des *Humboldt Forums* unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit begangen, und ich muss diesem Auditorium nicht erklären, welche Absichten sich mit dem Wiederaufbau eines Gebäudes an einer Stelle befindet, an der sich früher das Berliner Schloss befunden hat. Ich will das, was wir uns da in der Kubatur des alten Schlosses hinter restaurierter oder rekonstruierter Fassade vorgenommen haben, mit einem Zitat von Hermann Parzinger verdeutlichen: »Es geht um eine gemeinsame Geschichte der Menschheit, die nur verstanden werden kann, wenn der Blick nicht unentwegt um europäische Gewissheiten kreist.« Das ist gut formuliert, aber ich will Ihnen sagen, worüber ich gestolpert bin: über die »europäischen Gewissheiten«. Denn die Gefahr, darum zu kreisen, gäbe es ja gar nicht, wenn uns die Gewissheiten abhanden gekommen wären. Ganz offenkundig gibt es aber die nach wie vor weit verbreitete und keineswegs unbegründete Vermutung, dass es solche Gewissheiten immer noch gibt. Ist das wirklich so? Darüber gibt es ganz offenkundig unterschiedliche Auffassungen und Wahrnehmungen, und damit es Stoff zum Streiten gibt, will ich keinen Zweifel daran lassen, dass ich solche Gewissheiten nicht nur für zulässig halte, sondern für unverzichtbar. Der richtige Hinweis auf die Multikulturalität einer Gesellschaft beantwortet ja die Frage nicht, woher eigentlich eine Gesellschaft ihren inneren Zusammenhalt bezieht. Etwas zugespitzt formuliert: Multikulturalität ist eine zutreffende Beobachtung, aber kein Konzept. Die Frage, ob es überhaupt eines Konzeptes bedarf, und wie es aussieht, aussehen könnte oder aussehen müsste, ist mit dieser empirischen Beobachtung nicht beantwortet. Ich will Ihnen eine »steile« Schlussfolgerung anbieten. Sie stammt von Kurt Biedenkopf: »Wenn eine Gesellschaft multikulturell sein und zugleich ihre eigene Identität nicht verlieren will,

dann braucht sie einen gemeinsamen Roten Faden: Eine Leitkultur.« Ich sehe die Begeisterung im Saal – wobei ich uns empfehle, das Nachdenken über diesen Zusammenhang nicht auf einen Begriff zu konzentrieren, der sich ganz offenkundig für eine nüchterne Debatte nicht mehr richtig eignen mag. Aber damit ist das Thema wiederum auch nicht erledigt, für das ich ausdrücklich werbe, zumal dann, wenn man die Vermutung teilt, dass auch und gerade moderne Gesellschaften in Zeiten der Globalisierung eines Mindestmaßes an Gemeinsamkeiten bedürfen. Wo kommen diese her? Hier reden wir ja gewissermaßen über so etwas wie die virtuelle Kanonisierung unterschiedlichster Vorstellungen, die es in einer Gesellschaft gibt und für die ich mir unter den Bedingungen einer demokratischen, aufgeklärten, liberalen Gesellschaft vorstelle, dass dieser »kanonisierungsbedürftige Grundkonsens« ein kontinuierlicher reflexiver Diskurs unter allen Bürgerinnen und Bürgern einer Gesellschaft sein muss, woher auch immer sie gekommen sein mögen.

Letzte Bemerkung: Es wäre sicher zu kurz gesprungen, wenn man die grundlegenden Veränderungen, die es in Deutschland und in Europa in den letzten 25 Jahren und etwas großzügiger betrachtet seit Bildung des deutschen Nationalstaates gegeben hat, der bekanntlich jünger ist als die Kulturnation, ohne die dieser Nationalstaat vermutlich nicht entstanden wäre, als Begründung dafür nähme, dass wir für die Beantwortung unserer Zukunftsaufgaben nichts mehr hätten, auf das wir mit Aussicht auf Erfolg zurückgreifen können. Das glaube ich nicht. Ich glaube allerdings, dass wir neu sortieren müssen, was in diesem Zusammenhang eigentlich deutsch ist – und was europäisch, oder westlich. Zu den unaufgebbaren Bestandteilen eines Mindestkonsenses moderner europäischer Gesellschaften zähle ich die Unantastbarkeit der Menschenwürde, den Anspruch auf individuelle Freiheit und Selbstbestimmung, die Einsicht, dass sich aus einer solchen individuellen Freiheit auch eine individuelle Verantwortung ergibt, dass es gleiche Rechte für alle geben muss, und dass da, wo diesem Grundsatz soziale oder andere Hürden im Wege stehen, diese zu beseitigen sind. Und dass es schließlich für dieses Gerüst von gemeinsamen Überzeugungen einen ganz offenkundigen, für die europäische und westliche Zivilisation charakteristischen Zusammenhang gibt: den von Glauben und Vernunft. Sie wurden, wie sich nicht wenige von Ihnen erinnern werden, von Jürgen Habermas und dem damaligen Kurienkardinal Joseph Ratzinger zum Entsetzen ihrer jeweiligen »Fanclubs« vor gut zehn Jahren in einem denkwürdigen Dialog in der Katholischen Akademie in München als die zentralen Orientierungen der westlichen Zivilisation beschrieben. Für diesen Katalog, einschließlich dieser konstituierenden Klammer, kann ich nicht erkennen, dass daran irgendetwas spezifisch deutsch wäre. Es ist ausnahmslos europäisch – westlich. Er bleibt allerdings nach meiner Überzeugung unaufgebbar, auch und gerade in einer globalen Welt.